

# Kampftrommel

Kommunistisches Organ  
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der Kampftrommel erscheint jeden Freitag nachmittags unter Sonn- und Feiertag. Preis pro Ausgabe monatlich 2,20 Mark; auch die Post bezogen. Der Vertrieb ist durch den Reichsverband der Arbeitervereine in Halle. Druck: Druck- und Verlagsanstalt für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH, Halle, Berzeliusstraße 14. Herausgeber: Otto Kilian. Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig 1 v. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig 1 Zeile in 10 Zeilen. Manuskripte zu richten nach Halle, Berzeliusstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2201. Telegr.-Adr.: Kampftrommel. Postamt: Commerce u. Universitäts-Halle. Postfachnummer 10654. Preis 10 Pf.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, den 6. August 1925

5. Jahrgang \* Nr. 168

## Das neue Programm der SPD. Auf zum Kampf gegen Zoll- und Steuerraub!

Von Erfurt nach Heidelberg

Halle, den 6. August 1925.

II.

Wir kommen nun zum zweiten Teil des Programmwerkes, der die Tagesforderungen umficht. Schon im alten Erfurter Programm folgte auf den grundsätzlichen Abschnitt, in dem die Erfassung des Sozialismus als einzige Rettung für die Arbeiterklasse bezeichnet wurde, ein Programm von Tagesforderungen, die sofort — also noch unter den gegebenen politischen Verhältnissen, gefordert werden mußten. Die weitblickendsten Köpfe der Arbeiterbewegung wandten sich schon in der alten Sozialdemokratie gegen ein solches Tagesprogramm, weil sie sehr genau wußten, daß es praktisch die alleinige Richtschnur der sozialdemokratischen Politik bilden und die allgemeinen sozialistischen Forderungen des grundsätzlichen Teils zu einem bloßen Gegenstand von Sonntagspredigten herabdrücken würde. Und tatsächlich ist es ja in der SPD so gekommen. Auf Grund dieser üblen Erfahrung hüten wir Kommunisten, obwohl wir für Teilkämpfe sind und Teilsforderungen stellen (Achtundbenag, Befämpfung der monarchistischen Gefahr, des Zolls und Steuerwunsches, usw.) uns daher, Tagesprogramme aufzustellen. Unser einziger Programmpunkt ist die Verwirklichung des Sozialismus, vermittelt der proletarischen Diktatur — die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Vorhut muß von Zoll zu Zoll entscheiden, welche Teilkämpfe geeignet sind, uns diesem Ziele näher zu bringen.

Niemand wird von einem sozialdemokratischen Programm eine denartige Engherzigkeit erwarten. Aber es wird doch mancher sozialdemokratische Arbeiter darüber ärgert sein, daß das neue Programm seiner Partei logar einen wesentlichen Rückschritt hinter die alte Sozialdemokratie bringen soll. Im Erfurter Programm werden die Tagesforderungen gewissermaßen als vorläufige Abschlagszahlung behandelt und ausdrücklich gesagt (wenn auch diese Erklärung in der Praxis nicht viel half), daß durch Erfüllung der Tagesforderungen niemals das „Endziel“ erreicht werden könne, daß die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse die Verwirklichung des Sozialismus sei und bleibe. Der neue Programmwerf legt aber, nachdem er als Ziel der Sozialdemokratie die Verwirklichung des Sozialismus bezeichnet hat, ausdrücklich:

„Die Ziele der Sozialdemokratischen Partei werden erreicht, im künftigen Ringen und Wirken auf politischen, sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet, besonders durch die Verwirklichung folgender Forderungen.“

Worauf dann die Ausführung der praktischen Forderungen folgt, mit deren Durchsieg also der Sozialismus verwirklicht sein soll.

Sehen wir uns nun diesen „Sozialismus“ einmal näher an! Sein wichtigstes Inzentarstück bildet natürlich jenes Staatsgebilde, dessen „Segnungen“ wir in sechs Jahren Gegenrevolution einermöglichen ausgeübt haben:

„In der Erkenntnis, daß die demokratische Republik den weitesten Spielraum für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus gibt, schließt die Sozialdemokratische Partei die Republik an und tritt für deren Ausbau ein.“

Selbst dem Zeiter „Volksboten“ ist das etwas fester Tabak, er meint, daß „diese Republik, die von der Sozialdemokratie gestiftet wird“, in wenigen Jahren großmächtig auf ihren Füßchen stehen und noch unverfälschter, trotz, oder gerade mit Hilfe der bürgerlichen Demokratie, als Herrschaftsinstrument des Finanzkapitals gegen die Arbeiterklasse ihre Funktionen ausüben wird. Es muß deshalb die sozialistische Stellung zum Staat schärfer betont werden.“

„Das glauben wir auch. Aber es genügt nicht, allgemein von der „sozialistischen Stellung zum Staat“ zu reden, man muß das ganz genau konkretisieren und insbesondere sagen, ob man für die Erzeugung der bürgerlichen durch die proletarische Diktatur, durch den Rätesaat ist. Wir können die Kritik des „Volksboten“ am Programm erst dann ernst nehmen, wenn er zu diesen Fragen klar und eindeutig Stellung nimmt.“

Im übrigen hat die Stelle des Entwurfes von „Schuhe der Republik“ den Vorzug, daß sie — im Gegensatz zu den übrigen Programmprojekten — wenigstens eine Spur von Wahrheit enthält: die SPD hat allerdings bei jeder Gelegenheit ihre Republik vor den Arbeitern geschickt. Nicht geschickt hat sie sie vor den Monarchisten, die von den Herren Hölle und Konjoren ja geradezu aufgefuppelt wurden, bis sie sich offen in den Sattel setzen konnten. Und darum wirkte es nach allem Geschehenen einermöglichen, wenn die „Umgeltung der (von Hölle aufgeschickten) Reichsmacht zu einem zweifelhafte Organ der Republik“, wenn eine zentralistische Reichsverwaltung (die SPD hatte ja 1918 die Möglichkeit, der ganzen Reichsverwaltung die SPD hätte ja 1918 die Möglichkeit, wenn weiterhin gegen die (1923 von Fritz Ebert ausgelieferte) Hebertragung der Staatsgewalt an Militärschloßherber protestiert wird. Erklärer dagegen konzentriert uns die Forderungen nach einer zentralisierten Reichsverwaltung und aufstellung einheitlicher Richtlinien für die Spis, sowie nach gelegentlicher Festlegung der Vermögensansprüche der ehemaligen Kaiserhöflichkeit zu sein. Wir

ADGB, u. a. und ... erlassen heute zusammen mit den kirchlichen Gewerkschaften eine „Warnung in letzter Stunde“ an die Reichsregierung, in der sie gegen die Zölle Stellung nehmen. Nach eingehender Schilderung der Verhältnisse, die aus der Zollvorlage entstehen, machen sie den Vorschlag, die Zollfreiheit für Lebensmittel zunächst um ein weiteres Jahr zu verlängern. Unterdessen sollen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion die Industriezölle und Einfuhrzölle, durch welche die landwirtschaftlichen Produktionsmittel verzerret werden, aufgehoben oder vermindert werden, die Auswahl landwirtschaftlicher Produkte soll freigegeben und die Umgestaltung auf Lebensmittel beschränkt werden. Außerdem sei durch ein systematisches Programm die landwirtschaftliche Produktionssteigerung (Genossenschaften, Ausbau des Kreditwesens usw.) die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu heben. Nach Ablauf eines Jahres wäre die Möglichkeit der getroffenen Maßnahmen zu prüfen und erst dann endgültig in der Agrarpolitik Stellung zu nehmen. Zugleich weisen die Gewerkschaften auf die „ungeheure Verantwortung“ hin, die sie zuzugewandten, die Kämpfe gegen die Teuerung mit aller Energie zu führen, um einen Rückbau der Arbeitskraft und Volksgesundheit zu verhindern und wernen die Reichsregierung vor einem „Mißbrauch der Staatsmacht und politischen Parteinteressen“, um einigen Wirtschaftsklassen Sondergewinne zuzuwenden.

Wir begrüßen die in dieser Rundgebung vom ADGB aufgestellten Forderungen, weil sie — zum Unterschied von vorhergehenden früheren — nicht nur gegen die Agrar-, sondern auch gegen die Industriezölle deutlich Stellung nehmen. Obwohl wir uns unersetzliches manches an der Rundgebung allzu behelischen finden — vor allem den bloßen Aufwurf der Agrarzölle um ein Jahr —, erklären wir doch, daß wir selbstverständlich auch für die in der Denkschrift niedergelegten Forderungen einzutreten bereit sind, weil wir entschlossen sind, für jede, auch die kleinste Erleichterung, zu kämpfen.

Aber es genügt nicht, der schwarzweißen Regierung Warnungen zu überreichen. Es steht von vornherein fest, daß solche papierne Aktionen feinerer Erfolg haben können und daß nur durch Anwendung härtester Kampfmittel die Zollmüherer gezwungen werden können, von ihrem Vorhaben abzulassen. Die entscheidende Frage ist darum nicht die, was für Forderungen aufgestellt werden, sondern mit welchen Mitteln man diese Forderungen durchzusetzen entschlossen ist. Wir erneuern nochmals die im Diskurs Brief gemachten Vorschläge und richten hiermit an alle Bezirks- und Lokalorganisationen der SPD und des ADGB, die Anfrage, wie sie sich zu diesen Vorschlägen stellen, ob sie andere Vorschläge zu machen haben und ob sie bereit sind, auf Grundlage eines gemeinsamen Aktionsprogramms gemeinsame Aktionskomitees zur Erzwingung der vom ADGB geforderten Maßnahmen zu bilden.

Wir fordern aber vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter auf, nicht auf die Rundgebung ihrer Instanzen zu warten, die in der letzten Zeit alle unsere Vorschläge unbeantwortet liegen, sondern selbst von unten herauf die gemeinsame Kampfront zu erzwingen!

Zweifelnen keinen Augenblick daran, daß die SPD, als eine über alle Klassen stehende Partei die Interessen dieser Volksgenossen in entsprechender Weise wahrnehmen wird, so wie sie es ja in den einzelnen Ländern schon bisher getan hat. Im übrigen hat dieser Kampf über Verfassungsveränderung nach einen feinen Niederschlag, bei der Forderung nach „verfassungsmäßiger Gleichstellung“ aller, zur Freude des „Volksboten“, der selbst im Götter Programm enthaltene Satz: „über 20 Jahre“. Sollte etwa die SPD, auch für die Hinaufhebung des Wahlalters eintreten?

Wir wollen nicht auf alle Einzelheiten der „Reform“ der Verfassung und der Justiz eingeleiteten Forderungen eingehen. Interessant wäre es nur, dem „Volksblatt“ zu erfragen: Zehntens, wie sind die Programmforderungen zur Gemeinbewirtschaftung mit den praktisch von den SPD-Fraktionen — vor allem letztlich in Sachsen, aber auch diesseitig sonst — vertretene Gemeinbewirtschaftungen zu vereinbaren? Zweitens, ob die Forderungen nach „größerem Schutz der Person und der sozialen Rechte“, Abschaffung der Ausnahmegerichtsbereiche, sowie der Todesstrafe, menschenwürdiger Staatspolizei usw., auch für Kommunisten gelten sollen? Und wenn ja, dann würden wir gerne wissen, was die diversen SPD-Minister, und was die Vertreter der Partei in dem sachsen Staatsgerichtshof — von jeher in Abweisung ist natürlich nicht die Rede — zu diesem Programmpunkt sagen! Im übrigen fehlt natürlich jede Erklärung, wie der Kampf gegen die angeblich von der SPD befürchtete Klassenjustiz geführt werden soll, fehlt

### Die Klassenkämpfe in zweiter Lesung durchgepeitscht

(Eig. Drahtm.) Berlin, 6. August.

Am gestrigen Mittwoch ist im Reichstag die zweite Lesung der Steuervorlage durchgepeitscht worden. Das letzte der Steuererlasse, das Reichsfinanzgesetz, wird insbesondere durch die Hausinspektoren eine kolossale Steigerung der Wohnungsmiete zur Folge haben, da dabei die Gemeinden verpflichtet werden, die Miete bis zum 1. April mindestens auf Friedenshöhe zu treiben. Das kommt zu all den übrigen ungeheuren Kosten, die auf die Schultern der Beschäftigten gewälzt werden. Nach kurzer einseitiger Behandlung der Lage der aus Polen vertriebenen deutschen Flüchtlinge sollen die Zoll- und Steuererlässe die Budgeterlässe durchpeitschen. Die Behandlung der Haushaltsfrage wird abends um Tag zu Tag weiter verschleppt. In wenigen Tagen sollen Steuern und Zölle unter Dach und Fach gebracht sein, worauf sich die Abgeordneten der Sozialdemokratie in ihre Bäder begeben werden, um ihre Triumphe zu feiern.

Der erste Erfolg des mit Unterstützung von Hermann Müller erfolgten Hinauswurfs der Genossen J. d. d. a. j. h. und J. d. d. e. n. ist also: Die Erhöhung der Bier-, Tabak-, Salz-, Zucker- und Zinsholzsteuer ist zum Schaden der arbeitenden Massen in zweiter Lesung durchgepeitscht. Aber noch ist es Zeit, durch Anwendung härtester Diktationsmethoden die dritte Lesung der Steuererlässe, und vor allem die Durchpeitschung der Schulzölle zu sabotieren, wenn die sozialdemokratische Fraktion oder auch nur ihr linker Flügel die kommunistische Obstruktion unterstützt.

Wir müssen aber leider feststellen, daß unsere dahingehenden Aufforderungen nicht nur vom „Volksblatt“, bei dem ja nichts anderes zu erwarten war, sondern auch vom „Volksboten“ und von der „Leipziger Volkszeitung“ unbeantwortet blieb. Wollen die „Linken“ wieder einmal den Beweis erbringen, daß sie eine sehr große Sprache, aber eine sehr geringe Courage haben, daß sie in Wirklichkeit Hermann Müller unterstützen? Ja? Nein? Es ist so.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die ihren „linken“ Führern Vertrauen schenken, müssen nun eine klare und eindeutige Antwort dieser Führer auf unser offenes Angebot verlangen. Sie dürfen sich mit der Zölschweigepolitik nicht zufriedengeben, sie müssen in den Betrieben und Gewerkschaften die Forderung nach gemeinsamen Vorgehen gegen den Zoll- und Steuerraub erheben. Am Montag hat die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrem Artikel die Frage aufgeworfen, ob die oppositionellen sozialdemokratischen Abgeordneten nicht für die kommunistischen Kitzelgeheimnisse, also die Verabschiedung beschließen könnten. Es kommt aber nicht darauf an, davon zu schwärmen, sondern man muß es tun. Wenn die 20 sozialdemokratischen Linken die 45 Kommunisten im Reichstag unterstützen, dann hat unsere Obstruktion sofort eine ganz andere Stoßkraft gewonnen. Und wenn draußen in den Betrieben und Gewerkschaften die sozialdemokratischen Arbeiter sich der Einheitsfront zum außerparlamentarischen Kampf gegen den Zoll- und Steuerraub anschließen, dann besteht die Möglichkeit, zu gewinnen das Schlimmste zu verhindern.

### Die Betriebsarbeiter haben das Wort

jede Forderung nach Abjektivität der Klassenrechte usw. Nichts als Schwamm.

Einer näheren Erklärung bedarf aber der Abschnitt über die Sozialpolitik und wie bitten darum das „Volksblatt“ um Besorgung, damit auch wir die höchsten sozialdemokratischen Geistesleistungen erkennen können. Auf welche Weise die „Eicherung des Realisationsrechts“ erfolgen kann, ist uns klar — nämlich durch Bestellung eines Mitbestimmers, der Streiks in lebenswichtigen Betrieben verbietet und die Streikkomitees verparat läßt. Dazu paßt es ja auch, wenn im Programm ausdrücklich die Gelegetraff der Tarifverträge und Schlichtungsgefordert wird. Aber die „Erhebung der Kampfhandarbeiten bei Lohnkämpfen ausschließlich durch die Gewerkschaften“, erbeiten unferem beschränkten Verband gegenüber Unaband gegen die — doch von der SPD aufgebaut — lednische Nothilfe. Oder sollen etwa die Gewerkschaften, wenn sie schon die „Kampfhandarbeiten“ übernehmen, selbst die Rolle der Lenk spielen? Ebenso können wir den Sinn der Forderung nach „Ausgestaltung des Betriebsrätegesetzes zur Durchführung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse“ nicht recht verstehen. Will die SPD, das Betriebsrätegesetz, das sie 1920 selbst geschaffen hat, etwa wieder aufheben? Und vor allem: Sollen die verschiedenen sozialpolitischen Forderungen, worunter Achtundbenag, Ausreichende Fürsorge für Erwerbslose (nämlich Arbeiter und nicht Ruhrindustrialisten) auf dem Wege eines neuen Ermächtigungsgesetzes verwirklicht werden, so wie auf diesem Wege auch der Ab-













